

wann das Lehramt den einmal eingeschlagenen Weg grundlegend korrigieren wird?

Gründel: In den Äußerungen des Papstes bei seinem letzten Polenbesuch im Juni 1997 zeichnete sich ein Wandel ab. Während der Papst bei seinem ersten Polenbesuch nach dem Fall der Mauer geradezu beschwörend die moralischen Mißstände seines Volkes geißelte, unterstrich er nun bei seinem Gespräch mit den Rektoren der polnischen Universitäten in Krakau die Bedeutung der wissenschaftlichen Arbeit und der rationalen Forschung mit den Worten: „Es ist nicht von einem starren Besitz der Wahrheit die Rede, sondern von der Aufgabe, stets tiefer und differenzierter nach der Wahrheit zu suchen.“ In solchen Worten weiß sich Theologie ernst genommen.

HK: Wie wirkt sich das schwierige Verhältnis zwischen kirchlichem Amt und Moraltheologie derzeit auf die Lage des Faches an den Universitäten, vor allem aber auf den wissenschaftlichen Nachwuchs aus? Wer traut sich unter diesen Umständen eigentlich noch, eine wissenschaftliche Laufbahn zu beginnen?

Gründel: Was in den 50er Jahren unseres Jahrhunderts den Exegeten drohte, wenn sie bezüglich der Datierung biblischer Schriften oder bei einem neueren exegetischen Ansatz mit einem kirchlichen Lehrverbot rechnen mußten, das trifft im Augenblick für die Moraltheologen zu. Dies hat zur Folge, daß sich ein Teil des wissenschaftlichen Nachwuchses lieber der weniger gefährlichen Sozialethik zuwendet oder – wenn schon Moraltheologie gewählt wird – Fragen der Sexual- und Ehemoral, die zu einem Konflikt führen können,

einfach ausblendet. Das aber ist verhängnisvoll und führt zum Verlust der Glaubwürdigkeit dieses Faches.

HK: Wie beurteilen Sie Versuche, kirchlicherseits außeruniversitäre Forschungs- und Lehreinrichtungen speziell für Ehe- und Familienfragen aufzubauen?

Gründel: Die Gründung außeruniversitärer Forschungs- und Lehreinrichtungen für Ehe- und Familienfragen kann leicht den Eindruck verstärken, die Kirche wolle das Gespräch mit den einschlägigen Humanwissenschaften nicht führen, sondern ihre Lehrer rein innerkirchlich autoritativ einbinden. Das würde der Glaubwürdigkeit schaden.

HK: Die Interessen derjenigen, die um fast jeden Preis an den traditionellen lehramtlichen Auffassungen festhalten wollen, treffen sich auf diese Weise mit den Zielen derer, denen die Präsenz der Theologie an staatlichen Universitäten ohnehin ein Dorn im Auge ist ...

Gründel: Daß bis heute im deutschsprachigen Raum die katholische Theologie an staatlichen Universitäten vertreten ist, halte ich für eine ungeheure Chance, die die Glaubwürdigkeit wissenschaftlicher theologischer Arbeit im Dialog mit verschiedensten Wissenschaftszweigen vor Ort verstärkt. Es ist eine Chance, als Theologie präsent zu sein in einer pluralen Welt und Zeugnis abzulegen für die Rationalität christlichen Glaubens und christlicher Moral. Heute ist kein theologisches Fach so sehr auf einen interdisziplinären Dialog angewiesen wie gerade die Moraltheologie, will sie zu den immer wieder neu anstehenden ethischen Fragen eine sachgerechte Antwort geben. Das macht dieses Fach so interessant, allerdings auch so sehr der Kritik ausgesetzt.

Gestrüpp nationaler Interessen

Fünf Jahre nach der UN-Umweltkonferenz von Rio

Um den durch die UN-Umweltkonferenz von Rio vor fünf Jahren angestoßenen Prozeß einer Bewertung zu unterziehen, trafen sich im Juni Vertreter von über 180 Staaten in New York. Reinhard Hermle, Leiter der Grundsatzabteilung von Misereor, beobachtete die Konferenz vor Ort: Die Beurteilung des Prozesses war niederschmetternd, die Konferenz insgesamt gesehen ein Fehlschlag. Dennoch ist der Prozeß nicht am Ende.

Die Erde befindet sich erwiesenermaßen in keinem guten Zustand. Hunderte von Millionen Menschen leben in allergrößter Not und ohne jede Aussicht auf baldige Besserung. Die Wüsten dringen immer weiter vor, das Süßwasser wird knapp, riesige Waldflächen werden Tag für Tag abgeholzt, und das Klima ändert sich mit – aktuell und potentiell – dramatischen Auswirkungen auf Mensch und Natur. Die grosse UN-Konferenz „Umwelt und Entwicklung“, die 1992 in Rio de Janeiro stattfand, sollte diese verhängnisvol-

len Mega-Trends wenden (vgl. HK, September 1992, 419 ff.). Sie mobilisierte die Völkergemeinschaft, formulierte in der Agenda 21 das Pflichtenbuch für *nachhaltige Entwicklung*, besiegelte die Konventionen zum Schutz des Klimas und der Artenvielfalt und brachte die Konvention gegen die Wüstenbildung auf den Weg.

Auch wenn bereits damals die Erfolgchancen der neuen globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung – wie die Zauberformel hieß – eher zurückhaltend eingeschätzt wur-

den, so herrschte doch ein Gefühl des Aufbruchs und Neubeginns vor. Alle Welt schien darin übereinzustimmen, daß dringliches Handeln geboten sei, wenn man schlimmere Entwicklungen verhindern wollte.

In der letzten Juni-Woche dieses Jahres trafen sich die Vertreter von über 180 Staaten – darunter 63 Staats- und Regierungschefs – zu einer Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen (SGV), um den Rio-Prozeß nach fünf Jahren einer Bewertung zu unterziehen. Das Ergebnis war insgesamt niederschmetternd. Die Konferenz endete als Fehlschlag. Heillos verhedderten sich die Regierungsvertreter im Gestrüpp nationaler Interessen. Der „Geist von Rio“ hatte sich in den Korridoren der Macht in den jeweiligen Hauptstädten wie am East River weitgehend verflüchtigt. Dabei fehlte es nicht an Einsicht. Die wachsende Problemfülle wurde in schonungsloser Klarheit benannt. Nahezu alle Redner zogen eine ernüchternde Bilanz der ökologischen und sozialen Entwicklung seit Rio: Die Armut ist im Vormarsch. Die globalen Umweltprobleme haben an Schärfe zugenommen. Auch Bundeskanzler *Helmut Kohl* stellte in seinem Beitrag fest, „daß wir bis heute noch keine Umkehr der globalen Umweltbelastung erreichen konnten“.

Eine magere Ausbeute

Dennoch fand die Konferenz nicht die Kraft, daraus nennenswerte Konsequenzen zu ziehen und verbindliche Handlungsstrategien zu vereinbaren. Es war nicht einmal mehr möglich, einen gemeinsamen politischen Willen zu Papier zu bringen. Die Verhandlungen über die geplante „Politische Erklärung“ wurden nach mehrtägigem Ringen ergebnislos abgebrochen. Das Bedauern darüber könnte sich in Grenzen halten, wenn in dem Scheitern nicht in beklemmender Weise die zunehmende Unfähigkeit oder Unwilligkeit der Staaten und ihrer Repräsentanten deutlich würde, sich ernsthaft und entschlossen den globalen Herausforderungen zu stellen.

Verabschiedet hat die Versammlung ein „Programm zur weiteren Umsetzung der Agenda 21“. Dieses 50seitige Papier recycelt in 137 Abschnitten im wesentlichen Positionen und Sprache der Agenda 21 von Rio. Sie enthält wortreiche Empfehlungen und allgemeine Absichtserklärungen und formuliert Arbeitsaufträge für die Vereinten Nationen und ihre Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD), z. B. zu den Themen Wasser, Energie, Tourismus und Öko-Effizienz. Konkrete politische Entscheidungen wurden auf die Zukunft vertagt.

Positiv ist zu vermerken, daß New York dazu beigetragen hat, die internationale Diskussion über die Wege und Ziele *gesellschaftlicher Entwicklung* und des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen unter sich verändernden ökonomischen Rahmenbedingungen wach zu halten. Die Lage wäre ohne diese Impulse trostloser. Auch ist es gelungen, nachhaltige Entwicklung gegen wiederholte Angriffe als Leitbild zukunftsfähigen Handelns zu verteidigen und erneut festzu-

schreiben. Die Allianz der Gegner reichte von Ideologen wirtschaftlichen Wachstums im Norden bis zu Apologeten nachholender Entwicklung im Süden. Sie wollten „Sustainable Development“, das sie für ein Konzept der Industrieländer hielten, das darauf abziele, die Entwicklungschancen des Südens zu schmälern, durch „Sustained Growth“ (anhaltendes Wachstum) ersetzen. Zur Habenseite zählt auch, daß in New York Themen behandelt wurden, die Rio noch ausgeklammert hatte (z. B. Energie und Tourismus).

Eine mägere Ausbeute, die sich angesichts der hochgespannten Erwartungen und des gewaltigen Problemdrucks noch bescheidener darstellt. Selbst die nähere Betrachtung der zentralen Themenfelder läßt wenig substantielle Fortschritte, jedoch viel Stillstand und Beharren auf bekannten Positionen erkennen.

Beispiel Klima: Das Ergebnis zu diesem besonders kontroversen Thema illustriert vielleicht am eindrucksvollsten die riesige Lücke zwischen Erkenntnis und Tat. Der britische Premierminister *Tony Blair* beispielsweise beschrieb in seiner eindrucksvollen Rede und mit durchaus glaubwürdigem Engagement die negativen Folgen des Klimawandels. US-Präsident *Clinton* stellte kategorisch fest: „Der wissenschaftliche Befund ist eindeutig und zwingend: Wir Menschen verändern das globale Klima... keine Nation kann sich der Verantwortung entziehen, sich dieser Tatsache zu stellen.“ Beide – und viele andere – betonten die Notwendigkeit dringender Gegenmaßnahmen.

Dennoch blieb das von New York erwartete deutliche Signal für die 3. Vertragsstaatenkonferenz zur Klima-Rahmenkonvention, die im Dezember 1997 im japanischen Kioto tagen wird, aus. Das Äußerste, was sich die Versammlung abringen konnte, war die Feststellung, daß es notwendig sei, „rechtlich bindende, sinnvolle, realistische und gleiche Ziele für Industrieländer zu erwägen, die zu signifikanten Verringerungen der Treibhausgas-Emissionen innerhalb spezifischer Zeiträume führen“.

Keine Rede war mehr davon, daß die Europäische Union präzise Ziele und Zeiträume für die Reduktion von CO₂-Emissionen vorgeschlagen hatte (7,5 Prozent weniger bis 2005 gegenüber 1990), die Bundesrepublik mit zehn Prozent noch einen Schritt weitergegangen war und die vom steigenden Meeresspiegel unmittelbar bedrohten kleinen Inselstaaten eine 20prozentige CO₂-Verminderung bis zum Jahr 2005 gefordert hatten. Solchen Festlegungen widersetzten sich mit Erfolg insbesondere die Vereinigten Staaten, die ölproduzierenden Länder wie Saudi-Arabien, Nigeria, Venezuela und Iran, aber auch Japan. Von Verhandlungsteilnehmern wurde berichtet, daß die japanische Delegation zweimal ihren Regierungschef in Tokio wecken ließ, um ihre ablehnende Haltung absegnen zu lassen. Dabei ging es zuletzt um den – schließlich erfolglosen – Versuch, mit Blick auf die anzustrebenden CO₂-Reduktionen das Wort „signifikant“ aus dem Text zu tilgen.

Manche Beobachter hielten es vor diesem Hintergrund bereits für ein Ereignis, daß der amerikanische Präsident vor

der Weltöffentlichkeit einräumte: „Mit vier Prozent der Weltbevölkerung produzieren wir 20 Prozent der Treibhausgase. Offengestanden, wir haben seit Rio zu wenig dagegen getan.“ Immerhin stellte Clinton für Kioto die Bereitschaft in Aussicht, sich auf „realistische und bindende“ Schritte in der Klimafrage einzulassen. Es verwundert freilich nicht, daß er es angesichts einer starren innenpolitischen Ablehnungsfront von Senatoren, Gewerkschaften und Industrieunternehmen bei solchen allgemeinen Aussagen beließ und jede konkrete Festlegung vermied. Ohne die USA wird sich hier allerdings wenig bewegen. Der Fortschritt erweist sich in dieser Frage als besonders langsame Schnecke.

Beispiel Energie: Als Erfolg ist zu werten, daß das Tabuthema „Energie“ überhaupt auf der Agenda der Vereinten Nationen bleibt und die CSD sich auf ihrer Tagung im Jahr 2001 schwerpunktmäßig damit auseinandersetzen wird. Darüber hinaus konnten sich jedoch die Befürworter eines Wachstums ohne soziale und ökologische Begrenzungen weitgehend durchsetzen. Der Vorschlag der Europäischen Union, eine gemeinsame Strategie für eine nachhaltige Energiezukunft zu entwickeln, wurde von den ölproduzierenden Staaten und den USA abgelehnt.

Langfristige Überlebensinteressen unterliegen Geschäftsinteressen

Beispiel Verkehr: Hier scheiterte etwa der Vorschlag der Europäischen Union, eine globale Steuer auf Flugbenzin einzuführen. Obwohl eine breite Übereinstimmung dahingehend bestand, daß die gegenwärtigen Transportsysteme mit ihrem hohen Verbrauch an fossilen Brennstoffen als nicht nachhaltig angesehen werden müssen, weil sie entscheidend zur Verschärfung des Klima-Problems beitragen, hatte der vergleichsweise bescheidene Vorschlag der Europäischen Union nicht die geringste Chance. Nahezu alle erdölexportierenden Staaten gaben im Verein mit den USA ihre Ablehnung zu Protokoll, was umgekehrt mehrere Delegationen anderer Länder dazu veranlaßte, ihren Protest und ihre Enttäuschung über dieses krasse Beispiel kurzfristiger Interessenpolitik zum Ausdruck zu bringen. Schlaglichtartig wurde in dieser Kontroverse ein dominanter Grundkonflikt der Versammlung sichtbar: Langfristige Überlebensinteressen der Menschheit standen in Konkurrenz zu kurzfristigen Geschäftsinteressen von Staaten oder Unternehmen – und gingen kläglich unter.

Beispiel Wälder: Es bestand die Absicht, eine Vereinbarung herbeizuführen, die einen wirksamen Schutz der Wälder und ihre nachhaltige Nutzung ermöglichen würde. Sowohl die genauen Ziele als mehr noch die Form, mit der sie erreicht werden sollten, waren Gegenstand heftigster Kontroversen. Hinsichtlich der Form hatten sich zwei Denkschulen herausgebildet: Die eine trat für die Erarbeitung einer *Waldkonvention* ein, die andere sah größere Vorteile in der Nutzung

und Weiterentwicklung bestehender Vereinbarungen und Instrumente. Die Konfliktlinien durchschnitten alle politischen Lager. Für eine Waldkonvention machten sich insbesondere die Europäische Union und auch Kanada stark. Sie wurden dabei aus der Reihe der Entwicklungsländer von Malaysia, Indonesien, Costa Rica und Papua Neuguinea unterstützt.

Die meisten Entwicklungsländer in Allianz mit den USA vertraten die andere Position. Der bei der Sonderversammlung erzielte Kompromiß sieht nun vor, das Thema im Rahmen eines neuen „Intergovernmental Forum on Forests“ unter dem Dach der CSD weiter zu verhandeln. Dieses soll sich dem Handel mit Forstprodukten widmen und bis zum Jahr 1999 Elemente für ein mögliches rechtsverbindliches Instrument für alle Waldarten erarbeiten. Damit wurde die Problemlösung auf die lange Bank geschoben. Der unmittelbare Effekt besteht darin, daß der Kahlschlag von Wäldern zunächst ungebremst weitergehen wird.

Beispiel Finanzen: Ganz schwierig verliefen – nicht überraschend – auch die Verhandlungen über die finanzielle Ausstattung des Umsetzungsprozesses der Agenda 21. In Rio hatten sich die Regierungen in Bekräftigung früherer Beschlüsse verpflichtet, dafür 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes (BSP) ihrer Länder als öffentliche Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Tatsächlich führten wirtschaftliche Schwierigkeiten und Budgetengpässe in den meisten Industriestaaten in der Folgezeit zu teilweise drastischen Einschnitten in den Entwicklungshaushalten.

1996 lag der BSP-Anteil der öffentlichen Hilfe im Durchschnitt aller OECD-Mitgliedsländer bei 0,25 Prozent. Es trifft wohl auch zu, daß gleichzeitig die Bedeutung *privater Direktinvestitionen* für die Entwicklungsfinanzierung stark zugenommen hat. Was von manchen als Königsweg aus dem Dilemma knapper Mittel angesehen wird, erweist sich bei näherer Betrachtung als zweifelhafte Errungenschaft: Zum einen geht der Löwenanteil der Direktinvestitionen in die sogenannten Schwellenländer, insbesondere in Asien, und erreicht nicht oder nur in Bruchteilen die wirklich armen Staaten. Zum anderen bleibt völlig offen, wie weit sie mit ökologischen und sozialen Mindeststandards verbunden und damit für Zwecke der nachhaltigen Entwicklung eingesetzt werden.

Folgerichtig heißt es in dem Abschlußdokument der New Yorker Sonderversammlung: „Für Entwicklungsländer, besonders für jene in Afrika und für die am wenigsten entwickelten Länder, bleibt die öffentliche Hilfe eine Hauptquelle externer Finanzierung.“ Dennoch weigerten sich die reichen Staaten kategorisch, sich zu irgend etwas konkret zu verpflichten. Das 0,7-Prozent-Ziel soll „sobald wie möglich“ erreicht werden.

Im Entwurf des Textes war noch vorgesehen, einen Zeitraum (bis 2002) zu fixieren. Die Industrieländer werden aufgefordert, „verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um den Abwärtstrend (in der Bereitstellung öffentlicher Hilfe) umzukehren“. Angesichts der Wirklichkeit sind diese Forde-

rungen das Papier nicht wert, auf dem sie stehen. Es war insbesondere die an diesem Punkt gezeigte Hartleibigkeit des Nordens, die in den Entwicklungsländern zu großer Enttäuschung und Bitterkeit geführt und das Verhandlungsklima in New York in gravierender Weise belastet hat.

Beispiel Armutsbekämpfung: Angesichts der Bedeutung dieser epochalen Aufgabe kann nur bedauert werden, daß im Rahmen der Sonderversammlung eine handlungsorientierte Debatte über Strategien und Maßnahmen der Armutsbekämpfung so gut wie nicht stattfand. Zwar liest man in der Schlußerklärung den allgemeinen Satz, daß „die Überwindung der Armut ein überragendes Thema nachhaltiger Entwicklung in den kommenden Jahren“ sei. Die Konkretion dessen, was dies zu bedeuten habe, war dann jedoch bestenfalls impliziter, nicht jedoch expliziter Gegenstand der sonstigen Beratungen.

Manche hatten nur Häme und Spott für die New Yorker Versammlung

Fragt man nach den Gründen des Scheiterns der Sondergeneralversammlung, so drängen sich folgende Gesichtspunkte auf: Trotz der Verständigung in Rio hat sich das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung als Triade von Umweltschutz, sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Prosperität auf der Realebene noch nicht durchsetzen können. Der Umsetzung fühlen sich gerade noch Umwelt- und Entwicklungsministerien verpflichtet. In den Wirtschafts-, Finanz-, Landwirtschafts- und anderen Ministerien spielt sie in der Regel keine oder eine gänzlich nachgeordnete Rolle. Mächtige Industrie-lobbies halten dagegen. So machten beispielsweise während der Sondergeneralversammlung amerikanische Öl- und Autokonzerne in ganzseitigen Zeitungsanzeigen Druck, um Präsident Clinton von Konzessionen in der Klimafrage abzuhalten. Die Leitartikel des „Wallstreet-Journal“ gossen Spott und Häme über die Veranstaltung.

Der wachsende Wettbewerbsdruck durch globalisierte Märkte drängt die Sorge um soziale Standards und Naturerhalt in den Hintergrund. Bei dem Gezerre um die Schadstoffemissionen geht es eben auch um Wettbewerbsvorteile. Wer zuerst nachgibt, sieht sich schnell auf der Verliererseite. Im Zweifel werden die Risiken für den eigenen Wirtschaftsstandort höher eingeschätzt als die möglichen Gewinne.

Dies führt zu dem verhängnisvollen Zirkel, daß jeder um seinen kurzfristigen Vorteil kämpft und alle am Ende den Schaden haben. Da das Ende jedoch in ferner und unbestimmter Zukunft zu liegen scheint, ist der Leidens- und Handlungsdruck heute noch nicht so groß, daß daraus schon eine operative politische Entschlossenheit erwüchse. Nach wie vor kreist unser Denken noch viel zu sehr um die sowohl räumlich wie zeitlich nächstliegenden Probleme.

Erschwerend kommt hinzu, daß die Größe und Komplexität der umwelt-, sozial- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen die Problemlösungskapazitäten nationaler Regierun-

gen übersteigen, auf internationaler Ebene jedoch noch *keine angemessenen Strukturen* und Institutionen bestehen, welche für die globalen Menschheitsinteressen autoritativ eintreten und diese bindend durchsetzen könnten. Das UN-System ist im gegenwärtigen Zustand nur bedingt in der Lage, diese Funktion zu übernehmen. Eine wichtige Voraussetzung dafür wäre eine tiefgreifende Reform des unübersichtlich und schwerfällig gewordenen Apparats. Sie wurde begonnen, kommt allerdings nur schleppend voran. Weltinnenpolitik bedarf der handlungsmächtigen Akteure. Nicht grundlos war daher die deutsche Regierung in New York für die Schaffung einer UN-Dachorganisation für Umweltfragen eingetreten, die die derzeit arg zersplitterten Kompetenzen bündeln und schlagkräftiger machen sollte – eine im Kern richtige, leider aber dilettantisch eingefädelte Initiative, die deshalb wenig Resonanz fand.

Die Verhandlungen wurden auch dadurch belastet, daß sie am New Yorker Sitz der Vereinten Nationen stattfanden und vor allem von den dort heimischen UN-Botschaftern der Mitgliedsstaaten und ihren Stäben geführt wurden. Es saßen Menschen beieinander, die sich immer treffen, zum wiederholten Mal die gleichen Argumente austauschen und sich mehr als die Lordsiegelbewahrer des Status quo denn als Bannerträger einer vorwärtsweisenden Idee gerierten. Eine stärkere und anhaltende Beteiligung von hochrangigen Politikern, die Entscheidungsbefugnis haben und stärker dem gesellschaftlichen Diskurs zu Hause und vielleicht gar dem demokratischen Wettbewerb ausgesetzt sind, hätte möglicherweise zu anderen Ergebnissen geführt.

Als gleichermaßen problematisch erwies sich das vorherrschende *Nord-Süd-Blockdenken* der versammelten Regierungsvertreter. Dies entsprach zwar dem traditionellen Schema der UN-Konferenzen, führte jedoch zugleich zu tiefer Frustration. Das Auftreten als geschlossene Gruppe war gerade für die Entwicklungsländer in früheren Jahren notwendig, um an den internationalen Verhandlungstischen überhaupt Gehör zu finden. In der weitreichenden Identität ihrer Interessen hatte dieses Verhalten auch seinen rationalen Grund. Inzwischen erschwert oder verhindert es allerdings den Prozeß der produktiven Meinungsbildung und -artikulation.

Zu sehr haben sich die Interessenlagen von Schwellenländern, asiatischen Tigerstaaten, ärmsten Ländern oder ölproduzierenden Ländern ausdifferenziert, als daß das starre Korsett der Blockbildung noch funktionierte. Auch die Industrieländer treten inzwischen in manchen Fragen mit durchaus unterschiedlichen Positionen auf. Die Konfliktlinien verlaufen heute nicht mehr so sehr zwischen Nord und Süd als vielmehr quer zu den etablierten Lagern. Dies sollte künftig auch in der Positionierung gleichgesinnter Länder unabhängig von den traditionellen Blöcken und Loyalitäten zum Ausdruck kommen.

So gesehen wiesen Bundeskanzler Kohl, der brasilianische Präsident *Fernando Henrique Cardoso*, der südafrikanische Vizepräsident *Thabo M. Mbeki* und der Premierminister von Singapur, *Goh Chok Tong*, mit ihrer gemeinsamen „Globa-

len Initiative für nachhaltige Entwicklung“ in die richtige Richtung. Sie stellten u. a. die Notwendigkeit einer institutionellen Stärkung der Vereinten Nationen im Umweltbereich sowie einer Reduktion der Treibhausgas-Emissionen um 15 Prozent bis 2010 in den Mittelpunkt, schlugen eine „Dekade der nachhaltigen Erzeugung und Nutzung von Energie“ vor und kündigten für das Jahr 2000 in Berlin eine Konferenz zum Thema „Nachhaltige Stadtentwicklung“ an. Die Initiative war zu neu und zugleich zu vage, als daß sie den Nord-Süd-Konflikt hätte überwinden können, der – trotz aller erkennbarer Bruchstellen – bleiern und lähmend über der Konferenz lag: Die Industrieländer überhörten hartnäckig alle Aufrufe zu größeren finanziellen Leistungen. Die Entwicklungsländer ließen sich umgekehrt auf keine Verpflichtungen ein, die ihnen als Hausaufgaben zugeschrieben wurden. Die Sorgen des Nordens waren nicht die des Südens. Während es den einen um das Klima in den nächsten Jahrzehnten ging, bekümmerte die anderen das Essen von morgen. Dazwischen blieb wenig Raum für Verständigung und Kompromiß, aber reichlich Platz für ritualisierten und sterilen Schlagabtausch.

Außer Spesen also nichts gewesen? Ist der Rio-Prozeß bereits im Orkus der Geschichte gelandet? Die Antwort lautet

klar: Nein! Es gibt zu diesem anstrengenden Prozeß der globalen Konsensbildung *keine vernünftige Alternative*. Außerdem verstellt die Fixierung auf die Versammlung in New York den Blick dafür, daß Politik auch in diesem Feld nicht nur in den dafür vorgesehenen Arenen und von den dazu ermächtigten Akteuren ausgeübt wird. Auch wenn in New York die Räder zum Stillstand gekommen zu sein scheinen, darf daraus nicht der Trugschluß gezogen werden, als bewege sich das Rad der Politik insgesamt nicht mehr. Viel zu viel findet auf unterschiedlichsten Ebenen, in Basisgruppen, in Nichtregierungsorganisationen, auch bei Unternehmensvorständen und Gewerkschaften statt, als daß die Behauptung zulässig wäre, Rio sei tot.

Um dieses zu entdecken, bedarf es eines scharfen Blicks. Wer hätte schon einmal ermittelt, wieviel CO₂ bereits durch Stadtteil-Autos, Car-Sharing oder produktnahe Einkäufe eingespart wird? Ist im Bereich der lokalen Agenden 21 nicht schon vieles bewegt worden? Ist bekannt, in welchem Ausmaß sich die Energienutzung durch energiesparendes Bauen und Wohnen verringert hat und in wie vielen Partnerschaftsprojekten sich Menschen für den Süden engagieren? Vielleicht ein schwacher Trost, jedoch genug, um entschlossen und hartnäckig weiter zu arbeiten. *Reinhard Hermle*

Kein Regelungsbedarf

Die aktuellen Zuwanderungskonzepte der Parteien in der Kritik

Vor dem Hintergrund einer ausführlichen Analyse der in diesem Jahr von den Parteien vorgelegten Entwürfe und Konzepte zu einer Neuregelung von Zu- und Einwanderung belegen im folgenden Beitrag Klaus Barwig, Studienleiter an der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, und Sibylle Röseler, Referentin im brandenburgischen Sozialministerium: Der Zuzug von Ausländern nach Deutschland erfolgt keinesfalls unkontrolliert, Regelungsbedarf besteht deshalb nicht.

Das Frühjahr 1997 wird in die Geschichte der deutschen Ausländerpolitik als Ära der Zu- bzw. Einwanderungskonzepte eingehen. Innerhalb von nur fünf Wochen veröffentlichten alle im Bundestag vertretenen Parteien mit Ausnahme der PDS Vorschläge, die auf unterschiedliche Weise Zuwanderung regeln wollen. Im wesentlichen lassen sich folgende Argumentationsmuster erkennen: Zu- und Einwanderung erfolgen unkontrolliert, sollten aber geplant werden (Rheinland-Pfalz/SPD, FDP); neu zuwandernde Ausländer tragen erheblich zur Arbeitslosigkeit bei und belasten daher die öffentlichen Haushalte (CDU/CSU); es kommen die falschen, nämlich nicht die hochqualifizierten bzw. wohlhabenden Zuwanderer (FDP); es fehlt dem geltenden Recht an Übersichtlichkeit, Verständlichkeit und Rechtssicherheit für die Betroffenen (Bündnis 90/DIE GRÜNEN).

Es fällt auf, daß keine der Initiativen über eine schlüssige Da-

tenbasis verfügt und die verschiedenen Vorschläge der Öffentlichkeit zu einem Zeitpunkt vorgelegt wurden, da die Zuwanderungszahlen zurückgehen: Das Wanderungssaldo aller *Ausländer*, also die Differenz zwischen Zu- und Fortzügen, hat sich zwischen 1992 (593 000, alle Angaben Statistisches Bundesamt) und 1996 (148 000) um drei Viertel verringert. Darin enthalten ist ein wachsender Anteil ausländischer Familienangehöriger von Aussiedlern, Asylsuchenden ebenso wie EU-/EWR-Angehörige, die ohnehin Freizügigkeit genießen.

Der Anteil der *Asylsuchenden* (1995: 128 000, 1996: 116 400, 1997: voraussichtlich unter 110 000 im Vergleich zu 428 000 im Jahr 1993) ist ebenfalls rückläufig. Auch die Zahl der *Spätaussiedler* ist zwischen 1995 und 1996 um fast ein Viertel von 218 000 auf 177 800 (bei einem Anteil von rund 50 Prozent ausländischer Familienangehöriger und Abkömmlinge. Die ausländischen Familienangehörigen werden sowohl in